

40 Jahre UNIDO

Industrieförderung in Entwicklungsländern im Zeichen der Nachhaltigkeit

Wilfried Lütkenhorst



Dr. Wilfried Lütkenhorst, geb. 1953, ist seit 1984 für die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien tätig. Seit Ende 2005 ist er Kabinettschef der UNIDO.

Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) wurde vor 40 Jahren zur Förderung der industriellen Entwicklung der Entwicklungsländer gegründet. Seit dieser Zeit hat sich die Organisation durch einen umfassenden Reformprozess dem sich ändernden internationalen Umfeld angepasst und ihre Kernkompetenz auf drei Schwerpunkte konzentriert: Armutsbekämpfung, Aufbau von Handelskapazitäten sowie Umwelt und Energie. Der Reformprozess wird unter der Führung von Generaldirektor Kandeh Yumkella in vielen Bereichen fortgeführt, um eine weitere Aufgabenkonzentration und Effizienzsteigerung zu gewährleisten. Dabei hofft die UNIDO auf einen Ausbau ihrer guten Beziehungen zu Deutschland und eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl mit der Bundesregierung als auch mit der deutschen Industrie.

Die UNIDO feierte am 17. November 2006 ihren 40. Jahrestag – eine Gelegenheit, auf die Eckpfeiler ihrer Entwicklungsgeschichte zurückzublicken und zu beleuchten, was die UNIDO heute von der UNIDO der achtziger und neunziger Jahre unterscheidet.

In der Geschichte der Vereinten Nationen hat die UNIDO den wohl tiefgreifendsten aller Reformprozesse¹ durchgeführt, nicht zuletzt weil sie sich ständig aufs Neue mit den Herausforderungen eines veränderten Umfelds auseinandergesetzt und weiterentwickelt hat.

Mandat und Entstehungsgeschichte

Die Verfassung² der UNIDO legt als Ziel der Organisation die Förderung der industriellen Entwicklung in Entwicklungsländern fest. In den sechziger Jahren wurde industrielle Entwicklung oft mit rauchenden Fabrikschlotten oder Hochöfen gleichgesetzt. Dieses Bild ist jedoch lange überholt. Heute versteht sich die UNIDO als Partner der Entwicklungsländer, vor allem in Afrika, in deren Kampf gegen die Marginalisierung in einer globalisierten Welt. Als solche arbeitet sie in drei Schwerpunktbereichen: Armutsbekämpfung durch Förderung der Produktivkräfte, Aufbau von Handelskapazitäten sowie Umwelt und Energie. Darüber hinaus befasst sie sich mit einer Reihe von Querschnittsthemen.

Die UNIDO erfüllt ihr Mandat, indem sie sowohl operative als auch normative Aufgaben wahrnimmt. Operative Aufgaben umfassen die technische Zusammenarbeit (TZ) mit Entwicklungsländern. Normative Aufgaben widmen sich der Vermittlung von For-

schungsergebnissen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Letzteres wird von der UNIDO als ›globale Forumfunktion‹ bezeichnet.

Die UNIDO wurde am 17. November 1966 durch Resolution 2151(XXI) der UN-Generalversammlung ins Leben gerufen. Als Gründungsmitglied hat die Bundesrepublik Deutschland die Organisation von der ersten Stunde an unterstützt – dies noch zu einem Zeitpunkt, als sie aus historischen Gründen nur Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen hatte. Am 1. Januar 1986 wurde die UNIDO schließlich zu einer Sonderorganisation mit selbstständigen Verwaltungsorganen und unabhängigem Haushalt.

In den folgenden Jahren konnte die UNIDO ihre operativen Aktivitäten stetig ausbauen, obgleich verschiedene Entwicklungen in eine Krise führten, die 1997 ihren Höhepunkt erreichen sollte. 1993 leitete die UNIDO ihre erste größere Reform ein, in deren Zuge die Organisation ihren Arbeitsschwerpunkt von der Unterstützung von Regierungsorganisationen und staatlichen Unternehmen in die Beratung von Privatunternehmen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), verlagerte. Bevor diese Reform jedoch Früchte tragen konnte, erklärten in den Jahren 1993 bis 1997 Australien, Kanada und die Vereinigten Staaten (der damals größte Beitragszahler) ihren Austritt, mit der Begründung, dass industrielle Entwicklung besser durch den Privatsektor gefördert werden könne. Auch Deutschland, damals zweitgrößter Beitragszahler und wichtigster Geber freiwilliger Leistungen, und Großbritannien drohten mit Austritt.³

Mit Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere der Europäischen Union, gelang es der UNIDO, diese Krise zu überwinden und die Bedeutung ihres Mandats zu bekräftigen. Auf einer dänischen Studie zur Rolle und Bedeutung der UNIDO⁴ aufbauend, erarbeiteten die Mitgliedstaaten im Jahr 1997 den bis heute gültigen ›Businessplan zur zukünftigen Rolle und Funktionen der Organisation‹,⁵ der die Prioritäten und Aktivitäten der UNIDO klar definiert. In den Folgejahren sind auf dieser Grundlage ›Strategische Richtlinien‹ und ein ›Strategie Long-term Vision Statement‹ erarbeitet worden. In Letzterem sind insbesondere die bereits genannten drei thematischen Arbeitsschwerpunkte festgelegt.

Die Reform der UNIDO

Durch den Reformprozess der frühen neunziger Jahre hat sich die UNIDO gezielt sowohl dem Wandel des wirtschaftlichen Umfelds als auch den entwick-

lungspolitischen Zielen und Prioritäten der Staatengemeinschaft angepasst. Gleichzeitig hat sie die Effektivität und Effizienz ihrer Leistungen durch interne Integration und verbesserte Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungshilfeorganisationen gesteigert. Dies hat zu einer Reihe von programmatischen, strukturellen und administrativen Neuerungen geführt, von denen kein Bereich der Organisation ausgenommen ist.

Im programmatischen Bereich hat sich die UNIDO auf ihre Kernkompetenzen konzentriert. Eine verbesserte Projektabstimmung und die Einführung »Integrierter Programme« sorgen dafür, dass sich einzelne Programme gegenseitig ergänzen. Diese werden in enger Absprache mit Partnern vor Ort formuliert und den Prioritäten der jeweiligen UN-Länderprogramme (CCA/UNDAF – Common Country Assessment/United Nations Development Assistance Framework) angepasst.

Die UNIDO ist dezidiert der Auffassung, dass für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) eine enge Zusammenarbeit im Rahmen des UN-Systems unverzichtbar ist. Dementsprechend setzt sie sich seit mehreren Jahren dafür ein, gemeinsame Programme mit anderen Organisationen zu entwickeln, deren Kernkompetenzen die eigenen ergänzen, um so einen koordinierten Ansatz in der Armutsbekämpfung zu erreichen. Beispiele sind strategische Kooperationsabkommen mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) im Bereich der Förderung von privaten KMUs, mit der Welthandelsorganisation (WTO) im Bereich der Handelsförderung, mit dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zur nachhaltigen Existenzsicherung in drogengefährdeten Regionen und mit dem Umweltprogramm (UNEP) für die Errichtung von nationalen Zentren für umweltverträgliche Produktion (National Cleaner Production Centres – NCPCs). Darüber hinaus ist sie eine von sechs »UN core agencies« im Rahmen des Globalen Paktes (Global Compact), einer weltumspannenden, von UN-Generalsekretär Kofi Annan initiierten Partnerschaft zwischen den UN und transnational tätigen Privatunternehmen.⁶ Ferner hat die UNIDO einen aktiven Beitrag zu den Beratungen der Anfang 2006 vom Generalsekretär eingesetzten Hochrangigen Gruppe zur systemweiten Kohärenz (High-level Panel on System-wide Coherence) geleistet.

Mit dem Ziel einer effektiveren TZ vor Ort hat die UNIDO ihre Präsenz in den Entwicklungsländern erhöht – trotz der damit verbundenen Kosten, die nicht durch zusätzliche finanzielle Mittel seitens der Mitgliedstaaten gedeckt sind. Im September 2004 wurde eine bis dato einzigartige Vereinbarung mit UNDP getroffen, die vielerorts als beispielhaft für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen UN-Organisationen betrachtet wird und kürzlich von beiden Partnerorganisationen positiv evaluiert wurde. Im Rahmen dieser strategischen Partnerschaft sind



UNIDO-Generaldirektor Kandeh K. Yumkella hält die Eröffnungsrede auf der 40-Jahrfeier der UNIDO »Reducing Poverty through Sustainable Industrial Growth«, am 28. November 2006 in Wien.

Foto: UNIDO

UNIDO-Vertreter in UNDP-Länderbüros stationiert. Im Februar 2006 hat der Generaldirektor der UNIDO Kandeh K. Yumkella⁷ zudem für alle UNIDO-Mitarbeiter des Höheren Dienstes eine neue Mobilitätspolitik zwischen dem Hauptsitz in Wien und Auslandsposten eingeführt. Diese soll zu einer weiteren Stärkung der Regional- und Länderbüros führen.

Diese Maßnahmen gingen einher mit einer Leistungssteigerung durch Personalabbau und strukturelle Rationalisierung. Während die Organisation im Jahr 1990 noch einen Personalbestand von annähernd 1500 aufwies, verfügt sie heute nur noch über etwa 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Verwaltungsstruktur wurde von ehemals acht auf jetzt drei Hauptabteilungen reduziert. Ein schlankeres Verwaltungswesen und eine engere Zusammenarbeit im Hause sorgen heute für größere Synergien.

Ein besonders wichtiges Element der Reform bestand darin, aus eigenen Erfahrungen und auch vom

¹ Vgl. Mauricio de Maria y Campos, Reform mit Resultaten. Die UNIDO ist für die neuen Herausforderungen gerüstet, VN, 4/1997, S. 121–125.

² Die Verfassung der UNIDO wurde am 8. April 1979 angenommen und trat am 21. Juni 1985 in Kraft.

³ Vgl. dazu den Standpunkt von Eberhard Brecht, Prügelknabe UNIDO, VN, 6/1996, S. 201.

⁴ Assessment of UNIDO – Capacity Development for Sustainable Industrial Development under Changed Conditions, Danish International Development Agency (DANIDA), Kopenhagen, Mai 1997.

⁵ Business Plan on the Future Role and Functions of UNIDO, Decision IDB.17/Dec.2.

⁶ Wilfried Lütkenhorst, Corporate Social Responsibility and the Development Agenda: The Case for Actively Involving Small and Medium Enterprises, Intereconomics, 39. Jg., 3/2004, S. 157–166.

⁷ Vgl. Personalien, VN, 1-2/2006, S. 65.

Die UNIDO	
Gegründet	16. November 1966 (A/RES/2152(XII))
Mitgliedstaaten	171
Amtssitz	Wien
Gesamtumfang ⁱ an UNIDO-Aktivitäten 2006/2007	370 Mio. Euro (geschätzt)
Ordentlicher Haushalt 2006/2007	154 Mio. Euro
Verwaltungsorgane	<ul style="list-style-type: none"> ■ Generalkonferenz General Conference ■ Rat für industrielle Entwicklung Industrial Development Board ■ Programm- und Haushaltsausschuss Programme and Budget Committee
Personal (weltweit)	648
Länder- und Regionalbüros	42
Investitions- und Technologieförderungsbüros	19
ⁱ Ordentlicher Haushalt plus alle freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der technischen Zusammenarbeit. Stand: März 2006	

Beispiel anderer Organisationen zu lernen. Diese Philosophie spiegelt sich seit kurzem in der Verwaltungsstruktur der Organisation wider, und zwar in einem ›Bureau for Organizational Strategy and Learning‹, das als solches direkt dem Kabinettschef des Generaldirektors untersteht. Eine vorrangige Aufgabe dieses Büros ist es, die Grundsätze des ergebnisorientierten Managements (results-based management – RBM) sowie Erkenntnisse aus der Programmevaluierung umzusetzen.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich die UNIDO auch einem tiefgreifenden Wandel im Finanzierungssystem der UN anpassen müssen. Heute ruht die Projektfinanzierung der UNIDO hauptsächlich auf zwei Säulen: zum einen auf freiwilligen Beiträgen von Geberländern sowie in vielen Fällen von Empfängerländern selbst, zum anderen auf Zahlungen aus internationalen Umweltfonds, wie dem Fond für die Umsetzung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und der Globalen Umweltfazilität (GEF).

Mittlerweile haben die Reformmaßnahmen dazu geführt, dass der Umfang der technischen Zusammenarbeit seit dem krisenbedingten Tiefstand im Jahre 2000 stetig gewachsen ist, im Jahr 2004 mit 98,8 Millionen Dollar erstmals das Niveau von 1997 übertraf und 2005 110 Millionen Dollar erreichte – dies wohlgermerkt bei gleichzeitig stark reduziertem Personal. Vielerorts hat diese Entwicklung Anerkennung

gefunden. Beispielsweise konnte die UNIDO bei einer vom britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) im Jahr 2004 durchgeführten Untersuchung⁸ zur Effizienz von 23 internationalen TZ-Organisationen insgesamt Rang 6 belegen, zugleich den 1. Platz unter den evaluierten UN-Sonderorganisationen. Weiteres positives Indiz sind stetig wachsende Ressourcen, die der UNIDO von Geberländern und -institutionen für die Durchführung von künftigen TZ-Projekten zufließen – von 57,1 Millionen Dollar im Krisenjahr 1998 auf 128,4 Millionen Dollar im Jahr 2005.

Programmschwerpunkte

Armutsbekämpfung durch Förderung der Produktivkräfte

Hauptziel dieses Programmschwerpunkts ist, direkt zur Erreichung des ersten der acht MDGs beizutragen, das heißt zur Halbierung jenes Anteils in Armut lebender Menschen bis 2015, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen. Eine regional ausgewogene Entwicklungsstrategie muss insbesondere Menschen, die in entlegenen und rückständigen Gebieten leben, Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten sichern. Die größte Herausforderung besteht darin, örtliche Märkte so zu fördern, dass aus ihnen mit der Zeit regionale oder gar globale Exportaktivitäten hervorgehen können. Konkret fördert die UNIDO KMUs, das Unternehmertum von Frauen, vor allem in ländlichen Gebieten, die verarbeitende Industrie im Agrarbereich und stellt erneuerbare Energien in ländlichen Gebieten zur produktiven Nutzung bereit.

Ein starker Privatsektor, der durch Investitionen wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten schafft, ist unverzichtbare Grundlage für nachhaltige Armutsbekämpfung. Die UNIDO fördert daher die Verbesserung der politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für KMUs sowie Netzwerke (Cluster) von KMUs, um dadurch kollektive Effizienz und Wettbewerbsvorteile zu ermöglichen.

Technische Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Agrarindustrie zielen auf erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität. Insbesondere wird die Verarbeitung von Nahrungsmitteln und von land- und forstwirtschaftlichen Produkten unterstützt. Darüber hinaus fördert die UNIDO Technologietransfer und Ausbildung zur fachgerechten Wartung und Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen.

Der Zugang zu einer zuverlässigen und kostengünstigen Energieversorgung ist unentbehrlicher Grundstein für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Diese ermöglicht den Aufbau einer verarbeitenden Industrie, die Arbeitsplätze schafft und so bessere Einkommensmöglichkeiten bietet. Die UNIDO hat sich daher auf die Errichtung von Kleinkraft-

Heute ruht die Projektfinanzierung der UNIDO hauptsächlich auf zwei Säulen: zum einen auf freiwilligen Beiträgen, zum anderen auf Zahlungen aus internationalen Umweltfonds.

werken spezialisiert, die auf erneuerbaren Energien beruhen (unter anderem Wind, Sonne, Biomasse).

Die UNIDO führt außerdem eine Reihe von Projekten durch, die die industrielle Verschmutzung von Trinkwasserquellen, vor allem in ländlichen Gebieten, vermeiden beziehungsweise beheben soll.

Aufbau von Handelskapazitäten

Seit über 30 Jahren unterstützt die UNIDO Entwicklungsländer beim Aufbau von Normungsinstituten und Labors für Produkttests. Darüber hinaus betreibt sie Institutionenförderung in den Bereichen Wareninspektion, Zertifizierung von Unternehmen und ähnliches. Die meisten Normungsinstitute in Entwicklungsländern sind in der einen oder anderen Form von der UNIDO gefördert worden, und zwar durch Ausbildung von Personal oder die Bereitstellung von technischem Material.

In den letzten Jahrzehnten ist der Welthandel überdurchschnittlich stark gewachsen, insbesondere seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf im Jahr 1995. Einerseits ist unumstritten, dass verstärkte Weltmarktintegration einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern leisten kann. Andererseits geht Handelswachstum mit einer immer stärkeren Formalisierung von Regeln und Standards einher. Die Fähigkeit, diese Regeln einzuhalten und wirkungsvoll im eigenen Land umzusetzen, ist eine wichtige Voraussetzung für verstärkte Teilnahme am Welthandel. Von besonderer Bedeutung sind die von der WTO gesetzten Regeln im Bereich technischer Handelshindernisse (Technical Barriers to Trade – TBT) und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Konsumenten, Tieren, Pflanzen und der Umwelt (Sanitary and Phyto-Sanitary Measures – SPS). Beide Regelwerke sehen Unterstützungsmaßnahmen für Entwicklungsländer zum Aufbau notwendiger lokaler Infrastrukturen, Institutionen und Dienste vor, die in den meisten Entwicklungsländern allerdings unzureichend ausgebaut sind.

Neben Herausforderungen, die sich auf die Prüfung der Konformität von Produkten beziehen, sind Entwicklungsländer gefordert, die auf internationalen Märkten gefragten Produkte in ausreichender Quantität und Qualität herzustellen. Viele Länder verfügen nicht über eine ausreichende Unternehmenslandschaft, die in der Lage wäre, lokale Rohstoffe zu international gefragten Produkten zu verarbeiten. Dringend benötigt wird Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Produktionstechnologien, im Bereich Unternehmensmanagement, bei Zusammenschlüssen von Firmen zum Zwecke des gemeinsamen Exports sowie generell bei der Förderung des Privatsektors.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat in diesem Sinne festgestellt:

»...die am wenigsten entwickelten Länder erzielen weder Gewinne durch exportierbare Produkte noch

haben sie die Produktionskapazitäten, um aus den neuen Handelsmöglichkeiten unmittelbare Vorteile zu ziehen. Sie benötigen substanzielle Investitionen und technische Hilfe, um ihre Produktion auszuweiten.«⁹

Die UNIDO hat daher im Jahr 2002 eine spezielle Initiative ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Entwicklungsländern eine bessere Integration in den Weltmarkt zu ermöglichen. Die drei Schwerpunkte dieser ›Trade Capacity Building Initiative‹ entsprechen den genannten Problembereichen: Sie zielen auf die Stärkung lokaler Produktivkräfte, welche internationalen Marktanforderungen genügen, die Einrichtung international anerkannter Normen und Dienstleistungen zur Konformitätsprüfung vor Ort sowie (in Zusammenarbeit mit der WTO) die verbesserte Umsetzung von WTO-Regeln.

Die UNIDO unterhält entsprechende Handelsförderungsprogramme in den meisten Entwicklungsländern. Ein besonderer Schwerpunkt jedoch ist Afrika. Das derzeitige Projektportfolio von über 60 Millionen Euro macht die UNIDO zu einer der größten Entwicklungshilfeorganisationen in diesem Bereich. Viele Projekte werden in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen durchgeführt, wie zum Beispiel der WTO, dem Internationalen Handelszentrum (ITC), der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), der Internationalen Organisation für das Normwesen (ISO), aber auch mit bilateralen Institutionen wie, im Falle Deutschlands, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) oder der Physikalisch-Technischen Prüf-anstalt Braunschweig (PTB). Es ist zu erwarten, dass dieser Arbeitsschwerpunkt weiter ausgebaut wird, um so einen noch wirkungsvolleren Beitrag zu Initiativen bestimmter Geberländer leisten zu können, wie zum Beispiel der von der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong erneut bekräftigten ›Aid for Trade Initiative‹.

Umwelt und Energie

Gemeinsame Grundlage aller MDGs ist die Erkenntnis, dass die Art und Weise, wie Gesellschaften heute produzieren und konsumieren, sich grundsätzlich wandeln muss. Nur so lässt sich eine nachhaltige globale Entwicklung sicherstellen. UNIDOs Energie- und Umweltprogramm ist dieser Erkenntnis verpflichtet und verfolgt ihre Umsetzung in unterschiedlicher Form.

⁸ Department of International Development (United Kingdom), Assessment of UNIDO 2004, United Nations Industrial Development Organization, Wien 2005.

⁹ »...the LDCs have neither the surplus of exportable products nor the production capacity to take immediate advantage of new trade opportunities. They will need substantial investment and technical assistance in order to expand their production.«, Financial Times, 5.3.2001.

Gemeinsame Grundlage aller MDGs ist die Erkenntnis, dass die Art und Weise, wie Gesellschaften heute produzieren und konsumieren, sich grundsätzlich wandeln muss.

Deutschland und die UNIDO

In den vergangenen 40 Jahren war nicht nur die UNIDO, sondern auch die Mitgliedschaft Deutschlands unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen ausgesetzt. Es lassen sich jedoch wichtige Konstanten erkennen: Deutschland hat generell eine starke und aktive Rolle in der Organisation gespielt. Derzeit ist Deutschland zweitgrößter Zahler bei den Pflichtbeiträgen und liegt von 1986 an gerechnet bei den freiwilligen kumulativen Beiträgen an vierter Stelle. Zwar wurde die Bereitstellung neuer freiwilliger Beiträge von 1997 bis 2005 eingestellt, seit kurzem jedoch steuert Deutschland wieder freiwillige Beiträge bei. Damit wurde ein neues und erfreuliches Kapitel aufgeschlagen: Konkret stellte Deutschland der UNIDO Anfang 2006 1,1 Millionen Euro für ein Projekt zur Verfügung, in dessen Zentrum der verbesserte Zugriff auf dringend benötigte Medikamente zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose steht. Das Projekt fördert die lokale Produktion essenzieller Generika in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs). Als solches ist es an der Schnittstelle von öffentlicher Gesundheits- und Industriepolitik angesiedelt und zielt in ausgewählten Ländern Afrikas und Asiens auf den Aufbau rentabler Betriebe ab, die internationale Qualitätsstandards erfüllen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte der deutsche Personalanteil bei der UNIDO. Deutschland ist mit insgesamt 21 Bediensteten derzeit relativ gut aufgestellt, davon sind 16 Angehörige einer Besoldungsgruppe, die dem Höheren Dienst vergleichbar ist. Sieben dieser 16 Bediensteten sind ehemalige Beigeordnete Sachverständige (BS), was die Qualität und Wertschätzung des deutschen BS-Programms unterstreicht.

Da zuweilen behauptet wird, die deutsche Wirtschaft partizipiere nur wenig am Beschaffungsvolumen des UN-Systems für Güter und Dienstleistungen, ist festzuhalten, dass Deutschland bei der UNIDO in den Jahren von 2002 bis 2006 auf der Liste der Beschafferstaaten an vierter Stelle lag, mit einem Gesamtvolumen von 9,7 Millionen Euro. Hinzuzurechnen sind drei Millionen Euro an Gütern und Dienstleistungen von deutschen Firmen für die Erhaltung des ›Vienna International Centre‹, dem UN-Sitz in Wien.

Zentrale Anliegen der Organisation sind:

- **Moderne Technologien sowie saubere und umweltfreundliche Prozesse, erhöhte Effizienz im Umgang mit Rohstoffen und Energie, Verminderung von Schadstoffen und Abfällen sowie verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern;**
- **Methoden und bewährte Praktiken zur Förderung sauberer und nachhaltiger industrieller Produktion zu verbreiten; sowie**
- **die Umsetzung multilateraler Abkommen zu unterstützen. (Die UNIDO liefert den zweitgrößten Beitrag bei der Umsetzung des Montrealer Protokolls und spielt eine maßgebliche Rolle bei der Umsetzung des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe – POP).**

Wie bereits erwähnt, hat die UNIDO seit 1994 gemeinsam mit UNEP gezielt den Aufbau von NCPCs in mittlerweile 34 Ländern gefördert. Ziel dieser Zentren ist, durch konsequente Verringerung des Ressourcenverbrauchs Energie-, Wasser- und Rohstoffkosten zu senken und gleichzeitig die Umwelt zu entlasten. Erfahrungswerte zeigen, dass umweltverträgliche Produktion schon mit geringen Investitionen im Durchschnitt eine Senkung des Ressourcenverbrauchs von rund 30 Prozent bewirken kann. Effizienzsteigerungen in der Produktion erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht den Zugang zu neuen Absatzmärkten.

Im Bereich erneuerbarer Energien liegt das größte Augenmerk der UNIDO auf der Energieerzeugung in ländlichen Regionen, die mitunter entscheidende Voraussetzung für das Entstehen kleiner Produktionsbetriebe sein kann. Mit Blick auf die absehbare weitere Verteuerung von Erdöl setzen mehr und mehr Länder auf Bioenergie. Biomasse zur Biokraftstoffherzeugung, wie etwa Holz, Pflanzenabfälle oder Dung, findet sich aber hauptsächlich in Entwicklungsländern. Die Folge ist, dass neue Märkte entstehen, vor allem in den USA und in der Europäischen Union. Hauptanliegen der UNIDO ist es sicherzustellen, dass Entwicklungsländer an der aktuellen globalen Diskussion über neue Nachhaltigkeitskriterien in der Biomasseerzeugung beteiligt sind, aber auch, dass sie durch moderne Technologien und saubere Produktionsprozesse am internationalen Handel teilnehmen können.

Im Bereich der Wasserversorgung werden vor allem große marine Ökosysteme und Flussbecken vor negativen Auswirkungen industrieller Aktivitäten geschützt.

Querschnittsthemen

Neben den genannten Schwerpunktgebieten arbeitet die UNIDO in einer Anzahl von Bereichen, die Querschnittsaufgaben umfassen.

Neue Technologien

Die Einführung neuer Technologien ist heute unerlässlicher Bestandteil eines industriellen Entwicklungsprozesses, der auf Produktivitätssteigerung, Zugang zu globalen Märkten, effiziente Dienstleistungen sowie personale und institutionelle Kapazitätssteigerung abzielt. Insbesondere weitreichende Entwicklungen auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Biotechnologie und Wasserstofftechnologie stellen für Entwicklungsländer wichtige Herausforderungen dar. Der Transfer dieser Technologien erfordert effektive Partnerschaften mit dem Privatsektor und anderen strategischen Partnern. Erklärtes Ziel der UNIDO ist es, an der Bildung solcher Partnerschaften mitzuwirken und den Aufbau von Kapazitäten zu unterstützen.

Menschliche Sicherheit

Wirtschaftliche Entwicklung und menschliche Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Ökonomische, ökologische und soziale Krisen, komplexe Notsituationen und strukturelle Faktoren, die insbesondere gefährdete Gruppen betreffen, können Entwicklungserfolge zunichte machen. Daher engagiert sich die UNIDO in jenen Bereichen menschlicher Sicherheit, die speziell unter ihr Mandat fallen. Sowohl in konfliktvorbeugender Hinsicht als auch in Postkonfliktsituationen geht es darum sicherzustellen, dass integrierte Unterstützungsmaßnahmen wirtschaftliche und industrielle Aspekte einschließen. Konkrete Interventionen der UNIDO zielen auf die Errichtung notwendiger Basisinfrastrukturen für Gemeinden und Haushalte sowie die Stärkung des Unternehmertums und Unterstützung des Privat- und Zivilektors. In Postkonfliktsituationen geht es darum, Hilfeinsätze, die der Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse zugute kommen, durch Maßnahmen zu unterstützen, die dem (Wieder-)Aufbau eines profitablen Industriesektors dienen und damit die Langzeitdimension berücksichtigen.

Forschung und Statistik

Vermutlich in keinem anderen Bereich ist die Möglichkeit einer wechselseitigen Befruchtung von TZ so stark gegeben wie bei Forschung und Statistik. Analytische Erkenntnisse fließen insbesondere dann in die TZ ein, wenn deren Erfolg maßgeblich von der Bereitstellung industriepolitischer Rahmenkonzepte abhängt. Forschung und Statistik finden Eingang in ein Publikationsprogramm der UNIDO, das als wichtigste Publikation den regelmäßig erscheinenden ›Industrial Development Report‹ einschließt. Des Weiteren – und in Ergänzung eines vergleichbaren Mandats der OECD für deren Mitgliedsländer – ist die UNIDO mit der Ermittlung und Veröffentlichung von Industriestatistiken für alle Entwicklungsländer beauftragt.

Süd-Süd-Zusammenarbeit

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben einzelne Länder des Südens bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge erreicht. Handel, Investitionen und Technologietransfer zwischen diesen Ländern sind kontinuierlich gewachsen. Beides wirft ein neues Licht auf die Bedeutung der Süd-Süd-Zusammenarbeit. Auch viele Länder des Nordens sind zunehmend an einer Partnerschaft interessiert, die im Wesentlichen eine Nord-Süd-Süd-Partnerschaft darstellt. Die UNIDO fördert aktive Süd-Süd-Partnerschaften im industriellen Bereich. Zu diesem Zweck setzt die Organisation auf verschiedene Kooperationsmechanismen: Erfolgversprechende industrielle Kooperation zwischen Ländern des Südens setzt erstens voraus, dass die nötige institutionelle Infrastruktur in diesen

Ländern existiert. Zweitens ist eine solche Kooperation zumeist sektorspezifisch und kann durch Maßnahmen, die unmittelbar im Zuständigkeitsbereich der UNIDO liegen, unterstützt werden. Um die notwendige institutionelle Infrastruktur für erfolgreiche Süd-Süd-Zusammenarbeit im industriellen Bereich zu fördern, hat die UNIDO in jüngster Zeit damit begonnen, Süd-Süd-Kooperationszentren in mehreren aufstrebenden Volkswirtschaften – wie zum Beispiel Ägypten, Brasilien, China, Indien und Südafrika – einzurichten.

Ausblick: Reform als Prozess

Trotz der Erfolge sind die Reformbemühungen bei weitem nicht abgeschlossen. Erst kürzlich hat der UNIDO-Generaldirektor bekräftigt, dass Reform niemals ein Ereignis ist, sondern immer nur ein Prozess sein kann. Dieser Prozess wird in den kommenden Jahren fortgesetzt werden, sowohl um die Organisation in ihrer internen Effizienz weiter zu verbessern als auch um ihre Leistungen an sich ständig ändernde Rahmenbedingungen und Entwicklungsprioritäten anzupassen.

Im Bereich der internen Effizienzsteigerung steht die verstärkte Anwendung der schon erwähnten RBM-Prinzipien in allen Arbeitsbereichen im Mittelpunkt. Ferner sollen zur weiteren Stärkung der UNIDO-Präsenz in Entwicklungsländern neue Länderbüros eröffnet und hochqualifizierte Fachkräfte entsendet werden. Außerdem wird sich die UNIDO in ihrer Personalpolitik verstärkt um die Einstellung von Nachwuchsfachkräften kümmern. Schließlich wird sie sich um innovative Ansätze bei der Mobilisierung von Mitteln zur Finanzierung ihrer Entwicklungsarbeit bemühen.

Im programmatischen Bereich sind ebenfalls wichtige Weichen gestellt. Der thematische Schwerpunkt der Armutsbekämpfung wird durch Programme zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Entwicklungsländern verstärkt, um so Herausforderungen, wie der zunehmenden Abwanderung aus betroffenen Ländern, entgegenzuwirken. Unter dem thematischen Schwerpunkt Energie und Umwelt wird die Organisation Programme zu Technologieentwicklung und Technologietransfer im Bereich der Herstellung und des Verbrauchs von Biokraftstoffen entwickeln. Zu guter Letzt wird sich die UNIDO verstärkt in der Süd-Süd-Kooperation einsetzen und die beschriebenen Bemühungen zur Errichtung von Süd-Süd-Technologiezentren vorantreiben.

40 Jahre UNIDO haben zweierlei demonstriert: die Notwendigkeit, das Mandat, die inhaltlichen Programme und die Kernprozesse multilateraler Entwicklungsorganisationen ständig auf den Prüfstand zu stellen, sowie die Fähigkeit einer großen UN-Sonderorganisation, auf neue Herausforderungen flexibel und effektiv zu reagieren.

Zur weiteren Stärkung der UNIDO-Präsenz in Entwicklungsländern sollen neue Länderbüros eröffnet und hochqualifizierte Fachkräfte entsendet werden.